

Beantwortung von Anfragen		2247/18-AW öffentlich
Anfragenbeantwortung i. S. zum aktuellen Stand der Kinder- und Altersarmut sowie Asylanträge in Salzgitter; Anfrage der AfD-Ratsfraktion vom 22.08.2023 in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Gesundheit am 01.11.2023, in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.11.2023 und im Rat der Stadt Salzgitter am 29.11.2023.		
Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Zuständigkeit
(Ö) Ausschuss für Soziales, Integration und Gesundheit	01.11.2023	zur Kenntnis
(Ö) Jugendhilfeausschuss	09.11.2023	zur Kenntnis
(Ö) Rat der Stadt Salzgitter	29.11.2023	zur Kenntnis

Sachverhalt:

Die AfD Ratsfraktion möchte sich im Rahmen ihrer Verantwortung für das Wohl unserer Bürger mit einer äußerst besorgniserregenden Thematik auseinandersetzen.

Die wachsende Kinder- und Altersarmut in unserer Stadt Salzgitter erfordert dringend eine umfassende Analyse sowie geeignete Maßnahmen zur Abmilderung dieser sozialen Herausforderungen.

Laut aktuellen Informationen leben in Deutschland mehr als jedes fünfte Kind in Armut, was einer Anzahl von 2,8 Millionen Kindern und Jugendlichen entspricht. Dieses alarmierende Ausmaß der Kinderarmut lässt uns aufhorchen und verpflichtet uns als politische Vertreter zum Handeln.

Auch die Prognose, dass jedem vierten Menschen in Deutschland trotz bezogener Rente die Gefahr der Altersarmut droht, unterstreicht die Dringlichkeit, der sozialen Absicherung im Alter besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Ein weiterer signifikanter Faktor, der unsere Gesellschaft vor zusätzliche Herausforderungen stellt, ist die jüngste Entwicklung der Asylanträge. Mit einem Anstieg von 78% bei den Erstanträgen (175.000) und 13.000 Folgeanträgen (Stand: August 2023) verändert sich die demografische und soziale Struktur unseres Landes rapide.

Diese Zahlen erfordern eine genaue Analyse der Auswirkungen auf die soziale Situation der betroffenen Personen und unserer Stadtgesellschaft als Ganzes.

Vor diesem Hintergrund möchten wir von der Verwaltung der Stadt Salzgitter Informationen zum aktuellen Stand der Kinder- und Altersarmut in unserer Stadt erhalten.
Konkret interessieren uns:

1. Aktuelle Statistiken und Daten zur Kinder- und Altersarmut in Salzgitter im Vergleich zu nationalen Durchschnittswerten.

Antwort der Verwaltung:

Auf der 1. Armutskonferenz in Salzgitter am 23. November 2022 wurde ausführlich zu dem Thema Armut, Kinderarmut sowie Altersarmut referiert. Die Entwicklungen der Armuts-, Kinderarmuts- sowie Altersarmutsquoten wurden im Vergleich zu Niedersachsen dargestellt.

Die Kinderarmutsquote (Regelleistungsberechtigte Kinder unter 15 Jahren im SGB II gemessen an allen Kindern unter 15 Jahren) ist in Salzgitter von 2017 (27,8 %) bis 2021 (23,8 %) kontinuierlich gesunken, erst 2022 erfolgte wieder ein Anstieg auf 24,0 % (+120 Kinder). Die Altersarmut steigt zwar in Salzgitter an, allerdings gemäßigt und lag Ende 2021 bei 3,9 %.

2019 erfolgte eine umfangreiche Anfragenbeantwortung in Sachen Kinderarmut bezogen auf kleinräumige Daten (s. Vorlage: 3347/17-AW).

2. Eine Einschätzung der Hauptursachen für die zunehmende Kinder- und Altersarmut in unserer Stadt.

Antwort der Verwaltung:

Der Anstieg der Kinderarmut lässt sich in erster Linie auf den Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit verbundene Flucht nach Deutschland zurückführen. Seit Juni 2022 können die Geflüchteten aufgrund des Rechtskreiswechsels Transferleistungen nach den SGB II und XII beziehen. In Salzgitter lässt sich seit Juni 2022 ein Anstieg von knapp 200 Kindern bei den unter 15-jährigen im SGB II ausmachen. Zudem erhalten mit Stand 09.2023 105 geflüchtete Personen aus der Ukraine Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt oder der Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII.

Durch niedrigere Erwerbsbeteiligung, durchbrochene Erwerbsbiografien und daraus folgenden niedrigeren Renteneinkünften gekoppelt mit einer höheren Lebenserwartung, haben Frauen ein höheres Armutsrisiko. Dadurch und aus der Tatsache, dass die geburtenstarken Jahrgänge, die noch stark mit Arbeitslosigkeit und befristeten Arbeitsverträgen konfrontiert waren, vermehrt in die Rente einmünden, lassen sich Hauptursachen für das Ansteigen der Altersarmut ableiten.

Gestiegene Lebenshaltungskosten und eine Inflation, die nicht oder nicht vollständig vom Einkommen aufgefangen werden konnte, verstärken hier die Problematik.

3. Bereits ergriffene Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut bei Kindern und älteren Menschen sowie deren Effektivität.

Antwort der Verwaltung:

Auf kommunaler Ebene gibt es fast nur Handlungsspielräume in der Armutsprävention bzw. bei der Linderung von Armutsfolgen.

So existierte seit 2008 ein Arbeitskreis Armut, jährlich organisiert von der Diakonie in enger Abstimmung mit dem Sozialdezernat. Seit 2022 werden auf Beschluss des Rates der Stadt Salzgitter von der Verwaltung Armutskonferenzen durchgeführt, die den Arbeitskreis Armut abgelöst haben. Die erste Armutskonferenz fand unter großer Beteiligung am 23. November 2022 statt, die zweite Armutskonferenz am 05. Juli 2023. Die dritte Armutskonferenz ist auf den 17. Januar 2024 terminiert.

4. Geplante Maßnahmen oder Programme, um die genannten Herausforderungen anzugehen und sozialen Ausgleich zu schaffen.

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung hat die nächste Armutskonferenz mit dem Schwerpunktthema Kinderarmut zum 17. Januar 2024 terminiert.

Darüber hinaus werden die Maßnahmen, die im Kinderarmutsbericht aufgeführt

wurden, soweit möglich fortgeführt bzw. angepasst.

Das Thema Armut wird kontinuierlich in den unterschiedlichsten Austauschrunden (verwaltungsintern aber auch mit den externen Kooperationspartnern) berücksichtigt und fließt in Planungen ein.

5. Auswirkungen der gestiegenen Asylanträge auf die soziale Struktur und Unterstützungsmaßnahmen in Salzgitter.

Antwort der Verwaltung:

Selbstverständlich hat die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen Auswirkungen auf die soziale Struktur der Stadtgesellschaft, die mehrfach im Rat und der Öffentlichkeit thematisiert wurden. Aus diesem Grund hat Oberbürgermeister Frank Klingebiel von Oktober 2017 bis September 2022 einen Zuweisungsstopp von der Landesregierung und gemeinsam mit MdL Stefan Klein eine Begrenzung der Zuweisung von max. 200 Flüchtlingen für den Zeitraum von Oktober 2023 bis September 2024 von der Landesregierung erwirkt. Auf die mündliche Unterrichtung des Rates und der Öffentlichkeit in der Ratssitzung am 20.09.2023 durch den Oberbürgermeister wird verwiesen. Des Weiteren gilt der Zuzugstopp für anerkannte Flüchtlinge fort, den Oberbürgermeister Frank Klingebiel im Oktober 2017 von der Landesregierung erwirkt hat.

6. Bestehen Ressourcen und Unterstützung, die von der Stadt, dem Land oder dem Bund zur Bewältigung dieser Problematiken bereitgestellt werden?

Antwort der Verwaltung:

Die Verhinderung oder Bekämpfung bereits bestehender Kinder- und Altersarmut kann primär nur durch bundespolitische Maßnahmen erfolgen.

So wurde beispielsweise zum 01.01.2023 die Wohngeld-Plus-Reform eingeführt, die durch eine deutliche Steigerung der durchschnittlichen Leistungshöhe bis zu 400.000 Haushalte aus den SGB II und XII in das Wohngeld führen soll. Zudem wird mit einem erstmaligen Bezug von Wohngeld von zusätzlich 1.000.000 Haushalten gerechnet.

Ferner sollen zum 01.01.2024 die Regelsätze deutlich angehoben werden. Derzeit ist zudem geplant, dass die Kindergrundsicherung 2025 eingeführt wird, die nach Aussage der Bundesregierung ein Einstieg in eine wirksame und grundlegende Bekämpfung der strukturellen Kinderarmut in Deutschland sei (Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kindergrundsicherung-2216540>).

Anlage/n

Keine

gez. Frank Klingebiel

gez. Dr. Dirk Härdrich